

# Beilage zur „Weißeritz-Zeitung“

Nr. 182

Mittwoch, am 7. August 1935

101. Jahrgang

## Kurze Notizen

Der Reichsverband Deutscher Offiziere hat für seine Landesverbände und für seine sämtlichen Ortsgruppen bis auf weiteres die Sperre der Mitgliederaufnahme verfügt.

Die „New York Times“ meldet, daß im Laboratorium des Signal-Korps von Fort Monmouth (New Jersey) Strahlen entdeckt worden seien, die die Feststellung von Kriegsschiffen und Flugzeugen in einer Entfernung von über 50 Meilen von der Küste ermöglichen sollen.

In Prag begann die geistlich angeordnete verstärkte Kontrolle der Ausländer. Nach den gegenwärtigen Schätzungen werden sich weit über 20 000 Personen der verstärkten Meldepflicht unterziehen müssen.

Das bisher nur von der Regierung ratifizierte deutsch-argentinische Handels- und Zahlungsabkommen aus dem Vorjahr sowie die Handelsabkommen mit Spanien und Brasilien sind jetzt dem Kongress zur endgültigen Genehmigung überwiesen worden.

## Jetzt wieder Donaupakt

Während man sich in Genfer Völkerbundstreifen siebenhaft um die Entschleifungsformel zur Vertagung des italienisch-abyssinischen Streitfalles bemühte, haben französische Völkerbundsdelegierte, wie aus Genf berichtet wurde, zu gleicher Zeit ebenso eifrig jede Gelegenheit wahrgenommen, um auf dem internationalen Parterre wieder die Frage des Donaupaktes anzuschneiden. Um diese Frage war es in den seit der Streaker Konferenz verstrichenen Monaten merkwürdig still geworden, bis vor wenigen Tagen das Interesse der öffentlichen Meinung ganz unerwartet vom italienisch-abyssinischen Konflikt auf die neuen Donaupaktverhandlungen gelenkt wurde, die Frankreich ins Rollen brachte. Vor etwa zwei Wochen hat das französische Außenministerium den Regierungen von Wien, Budapest, Prag, Bukarest, Belgrad und Rom einen neuen Donaupaktplan unterbreitet, der nicht nur die Paktverhandlungen wieder in Gang bringen, sondern alle treibenden Kräfte zum möglichst schnellen Abschluß des Donaupaktes mobil machen soll. Auch die deutsche, englische und polnische Regierung haben von dem neuen Entwurf Kenntnis erhalten.

Der neue Plan, der in der Weltpresse schon zu vielfachen Erörterungen Anlaß gegeben hat — bekanntlich hat man Mussolinis eiliges Interesse dahin gedeutet, daß er den Donaupakt zustande bringen wolle, um beim Konflikt mit Abyssinien den Rücken in Europa frei zu haben — ist nichts anderes als ein weiterer Beitrag zu den internationalen Besprechungen um die Neugestaltung und Befreiung des Donauraumes. Allerdings ist die neue Initiative von der französischen Regierung ausgegangen, die die früheren von ihr selbst angeregten Beschlüsse über die Donaufrage unter Berücksichtigung der politischen Entwicklung der letzten Monate in eine neue Form gekleidet hat und so einen Entwurf geliefert zu haben hofft, der von allen interessierten Staaten als Grundlage für die bevorstehende Donaufkonferenz angenommen wird. Was den neuen Entwurf von allen bisherigen Vorschlägen unterscheidet, ist, daß man darauf verzichtet hat, die Idee des gegenseitigen Bestandes gegen Vertragsverletzungen, die das Kernstück der früheren Entwürfe war, darin aufzunehmen. Dies ist offenbar gesehen, um den ungarischen Forderungen entgegenzukommen. Die Kleine Entente hat auf solche zweiseitigen Bestandesverträge, die eine gewisse Drohung gegen Dritte in sich schließen, stets als letztes Mittel nicht nur patmäßig, sondern kriegerischer Niederhaltung der ungarischen Revisionswünsche so viel Wert gesetzt.

Auch sonst scheint man von Paris aus sowohl in Rom wie auch bei den Regierungen der Kleinen Entente genügend vorgearbeitet zu haben, um die noch bestehenden Schwierigkeiten und Gegenstände zwischen den einzelnen Staaten beiseite durch Besprechungen zu bereinigen und so den Weg zum Donaupakt zu ebnen. Die Hauptlinien des neuen Entwurfs beziehen sich auf die Achtung der Unabhängigkeit Österreichs, die Verpflichtung der Unterzeichner, sich nicht gegenseitig in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, auf Nichtunterstützung eines Angreifers und auf gemeinsame Konsultation im Falle der Verletzung des Vertrages.

Es läßt sich noch nicht erkennen, welche Beweggründe die französische Regierung getrieben haben, den Plänen um den Donaupakt und damit um Österreich in solcher Eile einen neuen Auftrieb zu geben. Der Verzicht auf die gegenseitigen Bestandespakte hat darum selbst in Ungarn Mißtrauen hervorgerufen, weil man vermutet, daß hinter den Kulissen noch besondere Militärabkommen zur Vervollständigung des Paktes abgeschlossen werden sollen und so der Kleinen Entente die Möglichkeit geboten wird, ihre eigenen Interessen mit eigenen Mitteln zu schützen. Man weiß, wie stark sich die Staaten der Kleinen Entente gegen die ungarischen Revisionsbestrebungen ausgesprochen haben. Den Forderungen Ungarns auf militärische Gleichberechtigung ist man nicht in der gerinnlichsten Weise entgegengekommen, während andererseits die Kleine Entente ihre Rüstungen in den letzten Jahren ungeheuerlich verstärkt hat. In der ungarischen Presse wird der neue Donaupakt als „ein lediglich die Wünsche Frankreichs und der Kleinen Entente enthaltender Vorschlag“ bezeichnet. Inwieweit dieser Plan für die künftigen Verhandlungen als Grundlage dienen wird, hängt in der Tat davon ab, ob es Mussolini gelingen wird, Ungarn auf der Basis der römischen Protokolle für eine Annäherung an die Kleine Entente umzustimmen.

Darüber hinaus scheint der Duce Frankreich gegenüber die Verpflichtung übernommen zu haben, für eine

## Einheitsfront gegen Quertreiber

### Die Bedeutung der Ministerreden

Die großen Reden, die von Reichsminister Dr. Frick und Dr. Goebbels auf dem Gaude der NSDAP. in Essen gehalten worden sind, haben der inneren Politik des Reiches ihre feste und klare Richtung zugewiesen. Das war deshalb notwendig, weil die Wühlarbeit dunkler Elemente im Inlande und die gehässige Spitzfindigkeit der Auslandspresse gefühllos den Eindruck verbreiten wollten, als befände sich der deutsche Staat in einer Art innerer Krise, der er nicht Herr zu werden vermöge. Reichsminister Dr. Frick hat mit aller Offenheit die Punkte herausgegriffen, um die sich die Mutmaßungen, Gerüchte und Spekulationen politischer Weltermächer zu knüpfen suchen. Er erörterte die Stellung zum Stahlhelm, zur Judenfrage und zur Selbstauflösung der Freimaurerlogen. Zu jedem dieser Kapitel gab der Reichsinnenminister die überzeugende Versicherung, daß sich der nationalsozialistische Staat, der bisher der größten Schwierigkeiten Herr geworden ist, durch nichts abhalten lassen würde, jene Klarheit zu schaffen, die dem Gedanken der Totalität innewohnt. Mit besonderem Nachdruck wandte er sich den offiziellen Ausführungen des „Observatore Romano“ zu, des amtlichen Blattes des Vatikans, das es für nötig befunden hat, die deutsche Gesetzgebung zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zu kritisieren und in ihr einen Gegensatz zum göttlichen Recht zu erblicken. Dr. Frick gab darauf die treffende Antwort, daß die Gesunderhaltung eines Volkes niemals dem göttlichen Rechte widersprechen kann, und er fügte mit ebenso klarer Bestimmtheit hinzu, daß der Staat nicht daran denkt, einen Kulturkampf zu entfalten, an dem allenfalls einige im Dunkeln tätige Kreise ein Interesse haben mögen. Die Tatsache, daß gerade in Weiffalen, dort wo das

Zentrum einmal seine stärksten Bastionen besessen hat, mit gefälschten Flugblättern und üblen Behauptungen gearbeitet worden ist, um die nationalsozialistische Bewegung zu schädigen, ist der stärkste Beweis für die Gefährlichkeit ihres Treibens. Reichsminister Dr. Goebbels hat solchen Tun ein bestimmtes „Halt“ entgegengerufen. Der Staat und die Bewegung haben lange Zeit die Hoffnung gehabt, daß sich die Quertreiber der Ausschlußlosigkeit und der Verantwortlichkeit ihrer Propaganda bewußt werden und endlich davon ablassen.

Das deutsche Volk hat durch das Schicksal der konfessionellen Spaltung in seiner nationalen Entwicklung derartige Nachteile gehabt, daß es aus innerer Überzeugung dem großen Ziele zustimmen kann, jegliche Vermischung von Politik und Religion zu vermeiden. Daß die kirchlichen Interessen und die religiösen Bedürfnisse unseres Volkes durch den heutigen Staat jede Unterstützung und Förderung finden, ist hundertfach bewiesen worden. Sein erfolgreicher Kampf gegen die kommunistische Gottlosenbewegung ist der stärkste Beweis dieses Wollens. Wenn in Weiffalen oder in anderen Gegenden Deutschlands die Dunkelmänner auf ihr Treiben trotzdem nicht verzichten wollen, so wissen sie jetzt, daß sie die Folgen zu tragen haben werden. Sie werden hoffentlich noch in letzter Stunde daraus die Lehre ziehen, daß es zwecklos ist, sich der nationalen Einigkeit der Deutschen noch länger in den Weg zu stellen.

Entspannung in den Beziehungen zwischen Italien und der Kleinen Entente, vor allem Jugoslawien Sorge zu tragen. Will man einer bisher immer gut unterrichteten Stelle glauben, so winken hierfür Italien wirtschaftliche Vorteile über die, wie es dort heißt, „die Verhandlungen schon beendet sind“. Die Gespräche zwischen Rom und dem Balkan werden also in der nächsten Zeit lebhafter werden, und bezweifelnd für Mussolinis diesbezügliche Bemühungen ist seine Ansprache an tschechoslowakische Journalisten bei einem Besuch in Rom, wo er betonte, daß „das gute Verhältnis zwischen Prag und Rom immer enger werden solle“. Daß man sich zwischen Paris und Rom Garantien, die sich sowohl auf den Brenner wie auf den Rhein beziehen, gegeben hat, scheint ebenso festzustehen.

Hinter den Kulissen ist also zwischen den Staatsmännern der an der Donaufgabe interessierten Mächte eine eifrige Aussprache gepflogen worden, und von italienischer offizieller Seite wurde bereits mitgeteilt, daß die Bemühungen um die Ausgleichung der bestehenden Differenzen zwischen der Kleinen Entente „von Erfolg gekrönt“ seien. Die gleiche italienische Stimme hebt aber mit Nachdruck hervor, daß in der ganzen zur Lösung stehenden Donaufgabe jeder Optimismus unangebracht wäre, solange nicht die Hauptfrage, nämlich die Teilnahme Deutschlands, geklärt sei. „Von Deutschland hängt zum größten Teil die zukünftige politische Orientierung des Donauraumes ab.“ Diesen Äußerungen der dem italienischen Ministerpräsidenten naheliegenden Stelle ist entgegenzusetzen, daß Deutschland es nie abgelehnt hat, sich an einem Donaupakt zu beteiligen, daß es aber vorher genau wissen will, wohin der Weg geht, wenn es keine Unterschrift gegen soll. Der Führer und Reichsminister hat in seiner historischen Rede am 21. Mai ausdrücklich kundgetan, daß Deutschland an Konferenzen nicht teilnimmt, wenn „es an deren Programmaufstellung nicht von vornherein mitbeteiligt“ gewesen ist, und unter diesem Gesichtspunkt sind nach Herkunft und Charakter auch alle italienisch-französischen Bemühungen um den Donaupakt zu werten.

## Uebelste Greuelheke

### Verleumdung des deutsche Frauenarbeitsdienstes.

Vom Leiter des Aufklärungs- und Außenamtes beim Reichsarbeitsführer, Oberarbeitsführer Müller (Brandenburg), wird mitgeteilt: In dem kanadischen Blatt „Edmonton Bulletin“ vom 18. Juni 1935, Seite 8, ist ein Aufsatz veröffentlicht, der sich mit dem deutschen Frauenarbeitsdienst beschäftigt. Der Aufsatz ist ein ausgesprochenes Greuelmärchen. Es wird in ihm behauptet, daß im Wädelarbeitslager Rügenwalde ein Drittel aller Wädelarbeiterchaft entgegensehe, und daß neun von den Wädeln bereits Selbstmord begangen hätten. Die Wädel sollen in einer benachbarten S.V.-Schule und in benachbarten Arbeitsdienstlagern hausen.

Es wird zu diesen ungeheuerlichen Behauptungen festgestellt, daß sie von A bis Z erlogen sind. Der Aufsatz ist ein typischer Beweis, mit welcher Gewissenlosigkeit die Ehre deutscher Menschen in den Dreck gezogen wird, alles nur, um das deutsche Volk und seinen nationalsozialistischen Staat vor den Augen der Welt zu verächtlichen.

## Sabfeldzug der Kommunisten

### Deutschland das erste Angriffsziel

Die Kommunisten haben nach einer Meldung englischen Ursprungs beschlossen, die gesamte Kraft der kommunistischen Propaganda jetzt auf Deutschland zu vereinigen. Das Hauptziel müsse jetzt sein, eine Vereinigung aller Oppositionskräfte gegen das „Naziregime“ zustande zu bringen. Diese Parole habe der deutsche Kommunist Florin unter größtem Beifall auf dem Kominternkongress ausgegeben. Er habe hinzugefügt, die deutschen Kommunisten seien jetzt im Begriff, eine Einheitsfront aller Gegner des „Naziregimes“ einschließlich der katholischen Arbeiter zu bilden. Die Hauptleitung der Propaganda für Deutschland liege in den Händen von Dimitroff und Pieck.

Hinter der formellen Kennzeichnung als „Aussprache über den Bericht des Genossen Dimitroff“ wurden auf dem Kominternkongress die Lösungen durchberaten, die der ehemalige Angeklagte im Reichstags-Brandherber-Prozess seiner Gefinnungsgenossen zur schnelleren Herbeiführung der Weltrevolution ausgegeben hat. Dimitroff hatte als vordringliche Aufgabe für die ausländischen Sektionen der Komintern den Übergang von der Verteidigung zum Angriff bezeichnet. Eine afrikanische Kommunistin bezeichnete die Kolonialfrage als ein besonders geeignetes Objekt im Kampfe gegen die „imperialistischen Mächte und für die Revolutionierung der Massen“. Dimitroffs Hinweis, daß die Komintern sich mit den Massen der kolonialen und halbkolonialen Völker verbinden müsse, um den herrschenden Mächten auch hier Schwierigkeiten zu bereiten, werde in den Kolonien begrüßt werden. Von Interesse war die Erklärung dieser Kommunistin, daß der Einfluß der faschistischen Ideen sich auch in den Kolonien zunehmend bemerkbar mache. Als besonders radikal entpuppte sich ein Vertreter der französischen kommunistischen Partei, der versprach, sich für die „internationale Einheit des Handelns“, d. h. für den zwischenstaatlichen Zusammenschluß der revolutionären Gewerkschaften einzusetzen.

## Agitation in Syrien

Die „Times“ melden aus Beirut, daß trotz der Bemühungen der Polizei und schwerer Strafandrohungen die kommunistische Agitation in allen Teilen von Syrien andauere. Am Freitag seien kommunistische Zeichen mit roter Farbe an die Mauern des britischen Konsulats gemalt worden mit dem Begleitwort „Nieder mit der britischen Kolonialpolitik!“ Die Polizei habe mehrere Verhaftungen vorgenommen.

## Geringe Hoffnungen

### Die bevorstehende Dreimächte-Zusammenkunft.

Die englische Presse erwartet, daß Datum und Ort der Dreimächte-Zusammenkunft erst nach dem nächsten französischen Kabinettsrat festgelegt werden, der am Donnerstag abgehalten werden dürfte. Da die Zusammenkunft in Frankreich erfolgen soll, sei die Entscheidung über diesen Punkt Sache der französischen Regierung. Man nimmt allgemein an, daß die Zusammenkunft am Montag oder Dienstag nächster Woche in oder bei Paris beginnen wird. Bis zur Abreise der britischen Abordnung nach Paris wird im Auswärtigen Amt und im Kolonialministerium lebhafteste Tätigkeit herrschen. Ende dieser oder spätestens Anfang nächster Woche dürfte ein Kabinettsrat abgehalten werden.